



PRESSEMITTEILUNG

Internet Governance Forum 2019:100 internationale Jugendliche erarbeiten ihre Forderungen an Politik und Unternehmen

27.11.2019. Wem gehört das Internet? Und wie können wir es zum Wohle aller gemeinsam gestalten? Fragen zu Partizipation, Teilhabe und der ökonomischen, ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit des Internets mobilisieren junge Menschen auf der ganzen Welt. Auch auf dem erstmalig in Deutschland stattfindenden Internet Governance Forum der Vereinten Nationen (IGF) und dem vorgelagerten Youth Summit spielen sie eine zentrale Rolle.


Am 24.11.2019 trafen sich in Berlin 100 junge Menschen zwischen 18 und 30 Jahren alt aus fast 40 Ländern, die im Bereich der Netzpolitik tätig sind. Ziel des Gipfels war es, die Forderungen der Jugend an Politik auszuarbeiten – die Positionen einer Generation zu digitalpolitischen Fragen rund um Bildung, Nachhaltigkeit, Grundrechte und öffentliches Gut. Daran wurde in den letzten drei Monaten im Rahmen von Webinaren mit mehr als 100 Beteiligten gearbeitet. Im Rahmen des Youth Summit IGF am Sonntag wurden schließlich 11 Forderungen final abgestimmt und vorgestellt.

Elisabeth Schauermann, Projektleiterin Youth Summit IGF, Gesellschaft für Informatik e.V.

„Wir sind davon überzeugt, dass jungen Menschen als größte demographische Gruppe unter den Internetnutzern eine angemessene Beteiligung bei den politischen Prozessen und Entscheidungen zusteht. Zu dem Fridays for Future oder dem Protest um die EU-Urheberrechtsreform hat unsere Generation mit dem Youth IGF noch ein wichtiges Beispiel gebracht: Unsere 11 Forderungen an die Politik, die auf dem Youth Summit ausgearbeitet worden sind, zeigen noch einmal, wie sachlich, informiert und solidarisch sich die Jugend an gesellschaftspolitischen Fragen einbringen kann.“

A project by:  GERMAN INFORMATICS SOCIETY

Partners:  Vodafone Germany Foundation  Google  Fraunhofer IUK-TECHNOLOGIE  GOETHE INSTITUT

Supported by:  Federal Ministry for Economic Affairs and Energy

DIE 11 FORDERUNGEN DER JUGEND IGF 2019

Kritische Infrastruktur: „Liebe Regierungen, niemand möchte, dass seine Versorgungsinfrastruktur gehackt werden! Kritische Infrastrukturen, die das Leben von Menschen betreffen, müssen geschützt werden. Wir schlagen einen proaktiven Ansatz gegenüber der Evaluation und strategischer Ausrichtung vor, sowie Transparenz hinsichtlich von Schwachstellen.“

Künstliche Intelligenz (KI): „Maschinelle Entscheidungsprozesse müssen von menschlichen Entscheidungen geleitet werden, um Erklärbarkeit, Inklusion, Datenschutz, Rechenschaftspflicht und das Widerspruchsrecht zu gewährleisten. Der Mensch muss immer dann eingreifen, wenn die auf KI basierten Entscheidungen negative Konsequenzen auf das Individuum haben, insbesondere auf schutzbedürftige Gruppen wie die Jugend.“

Kinderschutz: „Der Schutz von Kindern im Online-Raum hat für die ganze Gesellschaft Priorität! Um Schutz zu gewährleisten, brauchen wir einen universellen Ansatz. Die Zusammenarbeit aller Stakeholder ist entscheidend für die Gestaltung wirksamer Strategien: Eltern, Fachkräfte aus dem Gesundheits- und Bildungsbereich sowie Kinder selbst müssen einbezogen werden.“

Plattformtransparenz: „Unternehmen sollten in Bezug auf ihre Algorithmen, Daten, Inhalte, Regeln und Entscheidungen transparent sein, um Vertrauen und Verantwortung aufrechtzuerhalten. Durch unabhängige Aufsichtsorgane sollten Regierungen eine aktive Rolle bei der Rechtsdurchsetzung spielen. Benutzer und unabhängige Forscher sollten einfachen Zugang zu den erforderlichen Daten haben.“

Cybersecurity: „Vor dem Hintergrund, dass Gesetze direkte Auswirkungen auf unser tägliches Leben haben, fordern wir neue, dynamische Cybersecurity-Strategien, mit Multi-Stakeholder-Ansätzen, die transparente, anpassungsfähige und an Menschen orientierte Richtlinien beinhalten. Technologische Veränderungen fordern gesetzliche Anpassungen.“


Netzneutralität: „Wahrhafte digitale Inklusion setzt Netzneutralität und uneingeschränkter Internetzugang voraus. Um die letzteren zu erreichen, dürfen Regierungen, Unternehmen und Internetdiensteanbieter weder den Datenfluss kontrollieren noch Dienste priorisieren – und müssen für Transparenz sorgen.“

Desinformation: „Wir fordern Plattformen Multi-Stakeholder-Organen einzusetzen, um unzulässige Datenpunkte aus dem Micro-Targeting, das für politische Werbung verwendet wird, zu entfernen. Dadurch werden die Gefahr von Desinformation im Netz verringert.“

Jugendbeteiligung: „Junge Menschen werden im Laufe von Partizipationsprozessen mit verschiedenen Hindernissen konfrontiert. Es liegt in der Verantwortung von Entscheidungsträger*innen aus allen Interessengruppen, diese Hindernisse zu überwinden und verschiedene, auch unterrepräsentierte junge Menschen auf sinnvolle und messbare Weise – anhand KPIs – in alle Prozesse der Netzpolitik einzubeziehen.“

A project by:  GERMAN
INFORMATICS SOCIETY

Partners:  Vodafone
Germany
Foundation   Fraunhofer
IUK-TECHNOLOGIE  GOETHE
INSTITUT

Supported by:  Federal Ministry
for Economic Affairs
and Energy



Digitale Bildung: „Regierungen, Unternehmen, die Zivilgesellschaft und die technische Community müssen sich bemühen, universelle ethische Prinzipien und Standards zu integrieren und einen allgemeinen Kompetenzrahmen für die digitale Bildung zu entwickeln.“

Gesichtserkennung: „Keine Gesichtserkennung ohne Transparenz und Verantwortlichkeit. Es gibt Risiken und Vorurteile, und sie müssen bekannt sein!“

Plattformregulierung: „Plattformregulierung ist notwendig, aber in einem *Goldilocks*-Ansatz, bei dem Menschenrechte und Innovation in Einklang gebracht werden. Unabhängig vom Zweck der Plattform, ihre Regulierung sollte nach dem Prinzip der Inklusion und nach einem Multi-Stakeholder-Ansatz gestaltet werden. Sie sollte in diesem Sinne transparent und kulturell sensibel sein. Am Tisch der Plattformregulierung haben alle einen Platz verdient!“

Bildmaterial

Bitte veröffentlichen Sie [die Bilder](#) nur mit Benennung des Fotografen: Paul Stender

Weitere Statements

Tim Richter, IGF Deutschland, Mitglied im Bundesvorstand der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen (DGVN)

„Das IGF ist als globaler Prozess ein Multi-Stakeholder-Prozess, das bedeutet, dass alle Teilbereiche der Gesellschaft eingeschlossen sind – und in Deutschland haben wir vor einigen Jahren schon ein Jugend-ADF etabliert. Ich halte das für besonders wichtig, weil neben den jeweiligen fachlichen Teilbereichen besonders auch die nächste Generation bei der Frage, wie wir unser Internet gestalten, eingebunden gehört. Insofern freue ich mich sehr, dass wir einen so großen Youth-Summit in diesem Jahr erleben, der auch die Diskussionen des deutschen Jugend-IGF, das mit knapp 50 Jugendlichen sehr aktiv besetzt gewesen ist, aufnimmt. Das Next-Generation-Internet regeln wir mit der next generation!“

Eileen Cejas, Youth IGF Ambassador 2019, Digital, Grassroots Argentina

„Education is a key factor in the world of Internet Governance. When we speak of Digital Literacy, we are not only thinking on meetings for a closed group of persons: we dream and work on a framework where primary and secondary schools provides knowledge on ICTs for young people in order to include more youth in the governance of the digital world and give them the opportunity to use the internet for a better social and economic life. This important task requires collaboration from a multi-stakeholder approach, where governments, civil society, academia, technical sector and private sector work together addressing digital literacy issues. Having an education with this kind of wide perspective will get us a fairer world for everyone as we believe Internet is for everyone.“

A project by:



Partners:



Supported by:





Ettema Menno, Europarat, Programm Manager No Hate Speech und Anti-Diskriminierung Kooperationsprogramme

"An essential issue to be discussed when we talk about the Next Generation Internet is hate speech in the digital space. To address hate speech, the Council of Europe believes in a multi-stakeholder approach to identify and implement possible solutions that are sustainable, proportionate, comprehensive and bring accountability to all the responsible parties in line with human rights standards. A multi-stakeholder approach also means sitting at the table with youth representatives and discuss their specific experiences and solutions towards hate speech, from the valuable perspective of highly active internet users"

Lars Thies, Leiter Thinktank, Vodafone-Stiftung

"Junge Menschen haben ihre ganz eigene Expertise und Erfahrungen, wie das Internet zum Wohle der Gesellschaft genutzt werden kann. Wir brauchen ihre Stimme daher dringend in der politischen Diskussion zu Themen von digitaler Inklusion bis hin zu Desinformation. Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft sollten die Voraussetzungen dafür schaffen, dass junge Menschen sich unabhängig eine eigene Meinung bilden, ihre Stimme hörbar machen und in relevante Entscheidungsprozesse einbezogen werden können".

Über das Internet Governance Forum der Vereinten Nationen (IGF)

Das Internet Governance Forum (IGF) ist eine offene Diskussionsplattform der Vereinten Nationen zu zentralen rechtlichen, politischen, sozialen und technischen Fragen des Internets. Im IGF sind nach dem sogenannten Multi-Stakeholder-Ansatz alle relevanten gesellschaftlichen Gruppen gleichberechtigt in die Vorbereitungen und die Durchführung eingebunden. Dazu gehören Regierungen, Zivilgesellschaft, Wirtschaft, Wissenschaft, internationale Organisationen und technische Community. Das gilt besonders auch für ansonsten tendenziell unterrepräsentierte Vertreterinnen und Vertreter aus Entwicklungs- und Schwellenländern.

Pressekontakt

Teodora Grosu
+49 (0) 30 240 098-66
teodora.grosu@gi.de

A project by:



Partners:



Supported by:

